

Keiner fühlte sich verantwortlich 10. Juli 1976

„Der technische Leiter ist wegen seiner Verantwortlichkeit nicht zu beneiden.“ Diese Feststellung des Richters in dem Prozeß um den Tod zweier Schlosser im Kernkraftwerk Gundremmingen scheint wie ein Hohn, denn der technische Leiter wurde freigesprochen. Für schuldig befunden wurde lediglich ein Mann, der an untergeordneter Stelle die Arbeiten der Unglücksreparatur überwachte. Eine Verantwortung an höherer Stelle sah das Landgericht nicht. Ein möglicher Freispruch wird manchem nicht schmecken, hatte einer der Verteidiger vor dem Urteil gesagt. Ob die Verurteilung nur eines einzelnen schmeckt?

Da saßen sieben Männer auf der Anklagebank, überzeugt von sich selbst; Fachleute, die ihr Wissen mit besserwisserischer Arroganz zur Schau stellten. Um ihre Haut zu retten, wälzten sie die Verantwortung für das Unglück auf die ab, die sich nicht wehren konnten — die Opfer, gleichzeitig jedoch penetrant die Qualitäten der beiden Männer hervorhebend. Und die Witwen der Getöteten schwiegen dazu. Ueberzeugt von der eigenen Unfehlbarkeit, stritten sich die Männer der Chefetage des Kernkraftwerks ein halbes Jahr

nach dem Unglück noch immer, was die beiden verunglückten Schlosser wirklich hätten tun sollen, was und wie sie es tatsächlich getan haben. Wo aber die Durchführung einer Arbeit auf so viele Zufälligkeiten aufbaut und Mißverständnissen ausgeliefert ist, kann die Organisation nur als desolat bezeichnet werden.

Daß es trotz offenkundiger Fehler zu einem Freispruch für sechs der sieben Angeklagten gekommen ist, haben die Freigesprochenen der geschickten Taktik ihrer Verteidiger zu verdanken. Verantwortung wurde stets hin- und hergeschoben. Der eine wußte nicht, was der andere tat, und im Grunde fühlte sich keiner verantwortlich. Auch wenn sich die Richter redlich abmühten, angesichts solch komplizierter Vorgänge und Kompetenzabgrenzungen waren sie mit ihrem Justizlatein am Ende. Die Schlamperie im Kernkraftwerk Gundremmingen war überdeutlich. Doch die Verantwortung, die schon die Behörden auf die Kraftwerke abwälzen, wird mit dem Urteil wiederum von den Leitern der Anlage auf den hoffnungslos überforderten Arbeiter auf der untersten Ebene weitergegeben. R. Hengherr

Betroffenheit nach dem Urteil in Memmingen

10. Juli 1976

Die Freigesprochenen trösten den einzigen Verurteilten

Gericht über Gundremminger Kernkraftwerk: Herr Ettemeyer ist nicht zu beneiden

Von unserem Redaktionsmitglied Ronald Hengherr

Memmingen. Ein lautes Raunen geht durch den überbesetzten Gerichtssaal im Memminger Landgericht. „Um Gottes willen“ und „das ist ja unglaublich“, ist zu hören, als der Vorsitzende, Richter Franz Kolb, das Urteil im Prozeß um den Tod im Kernkraftwerk Gundremmingen verkündet. Die Freude bei sechs der sieben Angeklagten über den Freispruch kann sich nicht richtig durchsetzen, denn einer unter ihnen ist jetzt vorbestraft. Werner Rosenbauer sitzt zusammengesunken in der

Reihe der Angeklagten. Sein Nachbar Karl Bischofsberger klopft ihm tröstend auf die Schulter. Das Gesicht Rosenbauers hat jede Farbe verloren, deprimiert ist auch der Anwalt des Verurteilten, der Augsburger Helmut Herrmann. Als Richter Kolb die Verhandlung schließt, gehen die übrigen sechs Angeklagten auf Rosenbauer zu, schütteln ihm die Hand. Worte fallen kaum. Erst auf dem Gang des Gerichtsgebäudes beginnen die Diskussionen.

Fast pünktlich beginnt der letzte Tag in dem Prozeß der Ersten Strafkammer des Landgerichts Memmingen. Es gibt nur noch Plätze. Fernsehkameras surren, und die Lampen, die für die Aufnahmen gebraucht werden, tauchen den Gerichtssaal in ein grelles, kaltes und unwirkliches Licht.

Die Nervosität und Anspannung scheint greifbar zu werden, als die Richter den Saal betreten. „Im Namen des Volkes“, spricht Franz Kolb die Urteilsformel. Vor der Begründung hebt er hervor, daß es in dem Prozeß nicht um den Wert oder Unwert der Kernenergie gegangen sei. „Die Existenz der Kernenergie ist ebenso vorgegeben wie der Straßenverkehr, in dem jedes Jahr Tausende von Menschen sterben.“ Außer Zweifel stehe, daß der Tod in keinem Zusammenhang mit der Radioaktivität des bei der Unglücksreparatur ausgetretenen Dampfes stehe. Doch beinhalte die Kernenergie ein großes Gefährdungspotential. Deshalb habe ein strenger Maßstab angesetzt werden müssen.

Die Reparatur war zulässig

Zur Begründung für die Verurteilung Rosenbauers führt der Vorsitzende Richter an, die Beweisaufnahme habe eindeutig ergeben, daß für die Reparatur den jeweiligen Schichtführer die Verantwortung treffe. Seine Aufgabe sei es letztlich gewesen, welche Reparaturen unter welchen Bedingungen durchgeführt werden. Rosenbauer habe am 19. November 1975 die Freigabe zur Arbeit an dem defekten Schieber angeordnet, obwohl die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen nicht getroffen worden seien.

Zur Frage, ob die einfache Sicherung der Reparaturstelle genügt habe, meint Richter Kolb: „Die Reparatur ist zulässig und technisch möglich, wenn die Überwachung am Ort durchgeführt wird.“ Die Kontrolle war Aufgabe des verantwortlichen Schichtführers.

Erheblich pflichtwidrig

Rosenbauer mußte nach Auffassung des Gerichts voraussehen, daß seine Maßnahme zu einem Unfall führen konnte. Er sei zwar möglicherweise einem Mißverständnis unterlegen, doch hätte er sich auf keinen Fall nur auf die Informationen der beiden Schlosser, die ums Leben gekommen sind, verlassen dürfen. Eine Bestimmung, die der technische Leiter des Werkes, Reinhardt Ettemeyer, erlassen habe, verlange grundsätzlich, daß der schriftliche Weg eingehal-

ten werden müsse. Das Verhalten Rosenbauers sei für den Unfall ursächlich.

Bei dem Strafmaß, so Richter Kolb, sei berücksichtigt worden, daß Rosenbauer nicht vorbestraft und pflichtbewußt sei und stets ohne Beanstandung gearbeitet habe. „Das Maß der Pflichtwidrigkeit ist jedoch erheblich“, betont Kolb und fügt hinzu: „So sicher wie die Menschen, die dort beschäftigt sind, ist auch die Sicherheit im Atomkraftwerk.“

Den Freispruch des sechs Mitangeklagten Rosenbauers begründete Richter Kolb erneut damit, daß die Reparatur zulässig und technisch möglich gewesen sei. Der Angeklagte Karl Bischofsberger habe dieses, sein Denkmodell, bei der Reparatur nach dem Unglück selbst angewendet und damit als richtig bewiesen.

Karlheinz Petrak habe als Stellvertreter Rosenbauers nur dann Verantwortung, wenn sein Vorgesetzter nicht anwesend sei. Er habe in diesem Fall nicht die Pflicht zum Handeln gehabt.

Ein Denkanstoß

Rolf Stahl und Walter Reim seien für die zutreffenden Maßnahmen nicht verantwortlich zu machen. An Werner Amschler und Reinhardt Ettemeyer sei das Problem nicht herangetragen worden. Bei Ettemeyer liege auch kein Organisationsverschulden vor, da Anordnungen zur Unfallzeit ausreichend und weiterer Maßnahmen für ihn als nicht notwendig erkennbar gewesen seien. Abschließend an Ettemeyer gewandt, meinte der Vorsitzende Richter: „Vielleicht ist das jedoch ein Denkanstoß, die Bestimmungen weiter zu verschärfen, da er (Ettemeyer) gesehen hat, wie leicht man hineingezogen werden kann. Herr Ettemeyer ist wegen seiner Verantwortlichkeit nicht zu beneiden.“

10. Juli 1976

① Da wird die Anlage aber kontrolliert durch
les gewesen sein.

s. 8.7.76

10. JULI 1976

Nur eine Verurteilung im Atomreaktor-Prozeß

Fall Gundremmingen: Sechs Freisprüche

Von unserem Redaktionsmitglied Ronald Hengherr

Memmingen. Mit einer Überraschung endete vor dem Landgericht Memmingen der Prozeß um das tödliche Unglück im Kernkraftwerk Gundremmingen. Die Erste Strafkammer verurteilte nur den verantwortlichen Schichtführer, den Ingenieur Werner Rosenbauer (39), zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr. Sie wird jedoch auf Bewährung von drei Jahren ausgesetzt. Als Auflage muß Rosenbauer ein Bußgeld von 4000 DM an den Bezirksverband Memmingen des Verbandes der bayerischen Gefangenen-Fürsorge zahlen. „Für die, die sitzen müssen“, wie der Vorsitzende, Richter Franz Kolb, erklärte. Rosenbauer muß außerdem die Kosten des Verfahrens tragen, kann die Strafe jedoch in Monatsraten von 250 DM abtötern. Die sechs übrigen Angeklagten, darunter der technische Leiter von Gundremmingen, Ettemeyer, wurden freigesprochen. (Ausführlicher Bericht siehe Bayern, Kommentar Seite 2.)

In seiner Begründung führte der Vorsitzende Richter an, es sei ausschließlich die Aufgabe des Schichtführers gewesen, die Reparatur an einem defekten Schieber zu genehmigen und zu überwachen. Das Unglück hatte sich am 19. November 1975 ereignet, als den beiden Schlossern Otto Huber und Josef Ziegelmüller bei den Arbeiten plötzlich 270 Grad heißes Wasserdampfgemisch entgegenschloß. Otto Huber erlag sofort den Verbrennungen. Josef Ziegelmüller starb am nächsten Tag.

sechs Angeklagten hätten entweder von der Reparatur nichts gewußt oder keine Befugnis zum Handeln gehabt.

10. JULI 1976

„Nichts gewußt oder nicht befugt“

Sieben Verantwortliche des Kernkraftwerkes hatten sich seit 14 Tagen vor Gericht für das Unglück verantworten müssen. Der Staatsanwalt hatte den sieben Männern vorgeworfen, fahrlässig den Tod der beiden Monteure verursacht zu haben. Im Laufe des Prozesses wurden 22 Zeugen und acht Sachverständige gehört, deren Aussagen nach Ansicht des Gerichts eindeutig ergeben hätten, daß nur der verurteilte Rosenbauer die Schuld an dem Unfall trage. Die übrigen

Zwischen Tränen und Lachen im Prozeß um Kernkraftwerk-Unglück

Das sind doch keine Hofgärtner...

Leiter schwört auf sein Werk: Gundremmingen in aller Welt ein Vorbild — Verteidiger für Freispruch

Von unserem Redaktionsmitglied Ronald Hengherr

8. JULI 1976

Memmingen. Mit tränenerstickter Stimme beschwört der sonst so souverän wirkende technische Leiter des Kernkraftwerks Gundremmingen, Reinhardt Etemeyer, die Richter vor dem Landgericht Memmingen, ihn und die sechs Mitangeklagten freizusprechen. Die sieben Männer, die sich für das Unglück in Gundremmingen verantworten müssen, weil sie nach Ansicht des Staatsanwalts fahrlässig den Tod zweier Menschen verursacht haben, seien alle auf Herz und Nieren geprüft worden, be-

vor sie ihre Stellung bekommen hätten. Etemeyer: „Wir haben unter Aufbietung unserer besten Kräfte mitgeholfen, Kernkraftwerke zu einer sicheren Energiequelle zu machen. Fast alle europäischen Atomkraftwerke haben von unserer Erfahrung gelernt. Gundremmingen wird in aller Welt als vorbildliche Anlage anerkannt.“ Nur mit Mühe kann Etemeyer weitersprechen: „Ich möchte an dieser Stelle unserer tiefen Trauer über den Tod der beiden Männer zum Ausdruck geben.“



VON EINEM LEIBHAFTIGEN RITTER begrüßt werden die Gäste des Schlosshotels Eggersberg im Altmühltal. Stiller, wie sich's in solch ritterlicher Umgebung gehört... Bild: dpa

Etemeyer hält Staatsanwalt Dr. Helmut Lieber entgegen, er könne nicht verstehen, daß der Ankläger das Verhalten der sieben Männer als leichtsinnig bezeichnet hat. Dr. Lieber dagegen ist überzeugt: „Von dem Schuldspruch ist nichts zurückzunehmen.“ Der Staatsanwalt hatte am Vortag Geldstrafen bis zu 18 000 DM und Freiheitsstrafen bis zu acht Monaten gefordert, die jedoch auf Bewährung ausgesetzt werden könnten. Dann mußte aber seiner Meinung nach eine Geldstrafe als Auflage hinzukommen.

Zum Generalangriff hatte die Verteidigung im Prozeß um den Tod im Kernkraftwerk Gundremmingen geblasen. Zwei Tage lang haben die sieben Anwälte der angeklagten Männer des Werkes versucht, Zeugenaussagen zu erschüttern. Sie stellten den

Sachverhalt an jenem verhängnisvollen 19. November 1975 aus ihrer Sicht dar. Es war ein ständiges Wechselbad zwischen minutiösen, sachlich trockenen Vorträgen und lebhaften Darbietungen, die sogar für Gelächter sorgten. Am Ende jedes Plädoyers, das die Verteidiger zuerst auf Sachgebiete und dann auf ihre Mandanten bezogen, stand die Forderung: „Ich plädiere auf Freispruch.“

Nicht im Sägewerk

Seinen ganz großen Auftritt hat der Verteidiger des Sachbearbeiters der Abteilung Betrieb/Wartung, Karl Bischofsberger, der Neu-Ulmer Heinrich Borst. Er nimmt die Ansicht des Staatsanwalts aufs Korn, man hätte die Beschreibung des Schiebers, dessen Reparatur zum Tod der beiden Schlosser geführt hatte, stärker bezweifeln müssen. Heftig gestikulierend schleudert er dem Ankläger entgegen: „Hier handelt es sich doch nicht um Schuhwichse, sondern um einen Schieber für zigtausend Mark. Diese Schieber sind gebaut worden, um in einem Kernkraftwerk verwendet zu werden und nicht in einem Sägewerk.“

Kein Selbstmörder

Der Meinung des Staatsanwalts, die Angeklagten hätten schon aufgrund ihres Erfahrungsschatzes die Reparatur als gefährlich erkennen müssen, begegnet er mit solchen Fragen: „Sind das denn keine Fachleute hier? Sind das vielleicht Hofgärtner?“ Selbst der Vorsitzende Richter Franz Kolb

Noch ein Wolfgang-See

Coburg (lb). Bald gibt es — neben dem berühmten österreichischen — noch einen Wolfgang-See, und zwar in Coburg. Benannt wird er nach dem Namen von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Stammberger. Das 2,2 Hektar umfassende Gewässer wird künstlich in einem Freizeitzentrum angelegt und soll zu Bootsfahrten freigegeben werden.

kann sich das Lachen nicht verkneifen, bemüht sich aber, es einigermaßen hinter der vorgehaltenen Hand zu verstecken.

Sein Mandant, so sagte Borst, sei ein Fachmann. Er habe die Reparatur nach dem Unglück unter den gleichen Bedingungen durchgeführt. Und sein Erfahrungsschatz habe ihm gesagt, daß er dies gefahrlos tun könne: „Das ist doch kein Selbstmörder.“

Über Anklageschrift erschrocken

Anwalt Dr. Georg Gruno, Augsburg, meint als Verteidiger von Schichtingenieur Walter Reim, die Publizität habe dem Prozeß nicht gutgetan. Er habe sich gefragt, ob es überhaupt noch ein objektives Verfahren gebe, da die Angeklagten in den Augen der Öffentlichkeit schon sofort nach dem Unglück verurteilt worden seien. Richter Kolb bescheinigt er jedoch eine Engelsgeduld und eine bewundernswerte Verhandlungsfüh-

rung. Komplimente gibt es auch von anderer Seite. Rechtsanwalt Lothar Kolb, Augsburg, Verteidiger des Schichtingenieurs Karlheinz Petrak, zollt dem Staatsanwalt Achtung für die rasche Ermittlung. „Freilich nicht ganz ohne Nebenabsicht“, wie er schmunzelnd bekennt, denn deshalb hätten sich auch Fehler in die Anklageschrift eingeschlichen. Anwalt Gruno gebraucht dazu schärfere Worte: „Ich bin erschrocken, als ich die Anklageschrift gelesen habe. Sie enthält Unterstellungen und falsche Zitate.“

Nicht richtig ist nach Ansicht Grunos die Meinung der Anklage, Reim hätte gegen die Reparatur etwas unternehmen müssen, denn er habe zu keinem Zeitpunkt etwas davon gewußt. Der Verteidiger Etemeyers, Dr. Fritz Steinacker, Frankfurt, nennt ebenfalls als Hauptgrund für seinen Antrag auf Freispruch, daß die Reparatur in Anwesenheit seines Mandanten nie zur Sprache gekommen sei.

Als Beweis für die Unschuld des stellvertretenden Leiters der Abteilung Betrieb/Schicht, Werner Amschler, hält dessen Verteidiger Dr. Wolf Rüdiger Janert (Düsseldorf) die Tatsache, daß es für die Reparatur des defekten Schiebers im Prozeß von der Ablehnung bis zur Zustimmung alles gegeben habe. Man könne nicht erwarten, daß die Angeklagten schlauer sind als jetzt die Gutachter.

Zur Fälschung gehören zwei

Als völlig unvorstellbar bezeichnet Verteidiger Kolb die Vermutung des Staatsanwalts, der Angeklagte Rosenbauer habe Unterlagen über die Reparatur gefälscht. Das hätte er nur tun können, wenn auch sein

Mandant Karlheinz Petrak an diesem Komplott mitgewirkt hätte. Doch bei Petrak habe selbst der Staatsanwalt „das Handtuch geworfen“.

Deutsche Neigung zur Perfektion

Auf die mögliche Mitschuld der beiden Opfer weist der Verteidiger von Maschinenbaumeister Werber Rosenbauer, Helmut Herrmann (Augsburg), hin: Er vermutet sogar, daß die Schlosser ihre Vorgesetzten bewußt falsch informiert hätten. Von dem „unberechenbaren Verhalten der beiden Verunglückten“ spricht auch Dr. Christian Sailer, München, der Verteidiger von Rolf Stahl, des Leiters der Hauptabteilung Betrieb/Wartung. Es sei jedoch nicht die Verteidigungslinie, den Toten die Schuld zuzuschreiben, erklärt dazu Gruno. Der Anwalt weiter: „Manchem wird ein möglicher Freispruch nicht ganz schmecken. Wir Deutschen heigen zur Perfektion. Und hier kommt der Schrei nach dem Schuldigen.“

Kann nicht sein. Jetzt war der Anklageschrift sicherlich drangeschrieben.

Für den Staatsanwalt alle Angeklagten verantwortlich

Statt Haft auch Geldstrafen

Ankläger fordert für Kernkraftwerkleiter Ettemeyer acht Monate oder 20 000 DM

Von unserem Redaktionsmitglied Ronald Hengherr

Memmingen. Freiheitsstrafen bis zu acht Monaten und Geldstrafen bis zu 18 000 DM hat Staatsanwalt Dr. Helmut Lieber vor dem Landgericht Memmingen im Prozeß um den Tod im Kernkraftwerk Gundremmingen gefordert. Er sieht die sieben Männer auf der Anklagebank erwiesenermaßen als verantwortlich an, am 19. November 1975 den Tod der beiden Schlosser Otto Huber und Josef Ziegelmüller durch Unterlassungen schuldhaft verursacht zu haben.

Der Ankläger forderte für den technischen Leiter des Werkes, Reinhard Ettemeyer, acht Monate Freiheitsstrafe und für den Leiter der Abteilung Betrieb/Produktion, Walter Reim, sechs

Monate Haft. Dessen Stellvertreter, Werner Amschler, soll nach Ansicht des Staatsanwalts zu einer Geldstrafe von 12 600 DM und der Leiter der Hauptabteilung Betrieb/Wartung zu einer Strafe von 18 000 DM verurteilt werden. Sechs Monate Freiheitsstrafe verlangt Dr. Lieber für den Sachbearbeiter der Abteilung Betrieb/Wartung, Karl Bischofsberger. Anträge auf Geldstrafen stellt er für Schichtführer Werner Rosenbauer (10 500 DM) und Schichtingenieur Karlheinz Petrak (7000 DM). Die Freiheitsstrafen können nach Ansicht Liebers in Geldstrafen umgeändert werden: 20 000 DM für Ettemeyer, 10 000 DM für Reim und 5000 DM für Bischofsberger.

Erstmals sind die Zuschauerbänke in dem Gerichtssaal bis auf den letzten Platz belegt, als der Staatsanwalt sein Plädoyer beginnt. In einer Stunde und 56 Minuten bestätigt Dr. Lieber in vollem Umfang seine Anklage.

Hände auf dem Rücken verschränkt, ruft er den sieben Angeklagten in sachlich nüchternem Tonfall vor, „mit erschreckendem Leichtsinns und unter Außerachtlassung der Regeln der Technik schuldhaft den Tod der beiden Schlosser verursacht zu haben“.

Schlechte Organisation

Ein besonders hohes Maß an Schuld hat nach Ansicht des Staatsanwalts der Leiter des Gundremminger Kernkraftwerks, Reinhardt Ettemeyer. Dr. Lieber: „Ihn trifft ein schwerwiegendes Organisationsverschulden.“ Immer wieder taucht in dem Plädoyer der Name Ettemeyers, der verständnislos den Kopf schüttelt, auf. „Die Organisation war desolat. Ettemeyer hätte die neuesten Erkenntnisse der Sicherheit anordnen müssen. Ihn trifft die Schuld, dies versäumt zu haben. Er hat somit den Tod verursacht.“

Allen Angeklagten hält Dr. Lieber vor, sie

hätten versucht, klarzumachen, daß die Reparatur, die zum Tod der beiden Schlosser geführt hat, eine Routinearbeit gewesen sei. „Das trifft nicht zu“, sagt der Staatsanwalt unmißverständlich; mit den Händen unterstreicht er seine Aeußerung: „Es war keine normale Reparatur, denn es war ein extrem hohes Gefährdungspotential zu berücksichtigen.“ Einen der Sachverständigen zitierend, zieht Dr. Lieber Vergleiche mit anderen Anlagen: „In einem Atomkraftwerk können nicht weniger Sicherheitsbestimmungen gelten als in einer Raffinerie.“

Ein Murren geht durch die Reihe der Angeklagten und deren Verteidiger, als Dr. Lieber den Bremer Physiker Professor Dr. Jörn Bleck zitiert, der als Sachverständiger Zeuge doppelte Schutzmaßnahmen gefordert hatte. Von Bleck, der nach dem Unfall in Gundremmingen eine kritische Analyse der Vorgänge erarbeitet hatte, scheinen die 14 Herren nicht allzuviel zu halten.

Leider kein Nebenkörper ...

Unbeirrt setzt der Staatsanwalt sein Plädoyer fort. Er zitiert Zeugen, die übereinstimmend Bedenken gegen die ausgeführte Reparatur vor dem Unfall hatten. Und er wehrt sich gegen den Vorwurf der Verteidiger, der ermittelnde Kriminaloberkommissar Georg Ganser habe die Protokolle der Vernehmungen nicht korrekt erstellt. Zwar gibt auch er eine gewisse Unsicherheit des Beamten im Gerichtssaal zu, hält aber den Verteidigern vor: „Wenn ein Zeuge vor Gericht, wie in diesem Fall, durch die Verteidigung mit Wortprotokollen traktiert wird, wird auch ein Kriminaloberkommissar nervös.“ Außerdem würden die Zeugen im Kernkraftwerk unter einem psychologischen Druck stehen. Dr. Lieber: „Sie müssen hier gegen ihre Chefs aussagen und riskieren Repressalien.“

Als strafverschärfend wertet der Staatsanwalt die Tatsache, daß die Angeklagten ihren Standpunkt unverändert beibehalten. „Sie versuchen, den beiden Schlossern die Schuld in die Schuhe zu schieben. Ich bedaure es deshalb sehr, daß ich nicht von zwei Nebenkörpern unterstützt werde.“ Die Witwen der beiden Schlosser, in einer Verhandlungspause darauf angesprochen, wollen sich dazu nicht äußern. Auf Fragen, warum sie keine Nebenklage erhoben hätten, antwortet Frau Ziegelmüller nur: „Kein Kommentar.“ Über eine mögliche Abfindung schweigen sich die beiden Frauen ebenfalls aus.

Unschuldige Opfer

Als mildernd für die Strafzumessung sieht der Staatsanwalt, daß die Angeklagten nicht vorbestraft seien, bisher pflichtbewußt gearbeitet und die Ermittlungen rückhaltlos unterstützt hätten. Keinesfalls könne jedoch eine angebliche Mitschuld der beiden Opfer herangezogen werden. Dr. Lieber: „Leicht

hätte das Leben der beiden Männer gerettet werden können.“

Verteidiger für Freispruch

Die Verteidiger, die ihre Plädoyers nicht nach Sachgebieten einteilen, wollen für Freispruch eintreten. Ihre Plädoyers waren bei Redaktionsschluß noch nicht abgeschlossen; sie werden heute fortgesetzt. Die Urteilsverkündung wird sich sehr wahrscheinlich verzögern.

6. JULI 1976

6/7/76

Richter forschen im technischen Dschungel

Beim Prozeß um den Tod im Kernkraftwerk Gundremmingen finden sich auch Juristen oft nicht zurecht

Von unserem Redaktionsmitglied Ronald Hengherr

Memmingen. Fünf Tage lang hat die Große Strafkammer des Landgerichts Memmingen zu klären versucht, ob im Kernkraftwerk Gundremmingen am 19. November 1975 Fehler gemacht wurden, die zum Tod zweier Schlosser geführt haben. Noch schwerwiegender ist die Frage, wer schuld ist. 22 Zeugen wurden gehört, doch keiner konnte sagen, was wirklich in der zwei Quadratmeter großen „Mausefalle“, wo die Schlosser arbeiteten, geschehen war. Und niemand hat den einen der beiden Schlosser, der zunächst bei vollem Bewußtsein war, danach gefragt. Der einzige, der mit ihm gesprochen hatte, kann sich nicht erinnern.

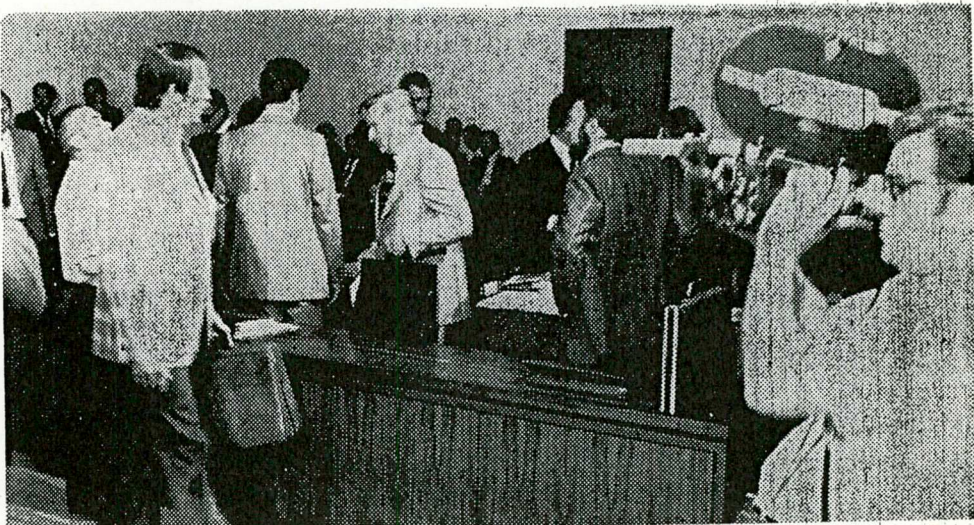
Auch die acht Sachverständigen haben kein völlig klares Urteil abgegeben. Sie haben die sieben Angeklagten belastet, aber auch nicht ausgeschlossen, daß die beiden Opfer zumindest eine Teilschuld tragen. Gleichzeitig meinte jedoch einer der Gutachter, Ingenieur Norbert Hoffmeister, keinem Schlosser könne ein lückenloses Durchschauen der Sachverhalte zugemutet werden. Hoffmeister kennt das Gundremminger Kernkraftwerk sehr genau — er wurde dort ausgebildet.

Die Richter werden es somit nicht leicht haben, ein Urteil zu fällen. Der Staatsanwalt und die sieben Verteidiger, die heute zum Plädoyer-Marathon starten, werden kaum Entscheidungshilfe geben. Die Standpunkte sind unverändert gegensätzlich; volle Aufrechterhaltung der Anklage auf der einen und Ueberzeugung von der Unschuld der sieben Verantwortlichen des Kraftwerks auf der anderen Seite.

Dazu kommt die schwierige Materie, die Fachkenntnisse voraussetzt. Immer wieder zeigte sich in den fünf Prozeßtagen die Hilflosigkeit der Juristen gegenüber der Technik. Mißverständnisse führten zum Streit und zu verfahrenstechnischen Auseinandersetzungen. Nur so war es beispielsweise möglich, daß einer der Verteidiger eine Behauptung in den Raum stellte, der erst Stunden später — mehr zufällig — widersprochen wurde.

Die Hitze übertrug sich oft auf die Gemüter, und Vorsitzender Richter Franz Kolb mußte mehr als einmal als Schlichter eingreifen. Glücklicherweise sank er dann in seinen Stuhl zurück: „Da besteht jetzt Einigkeit, da bin ich schon froh.“

Der Prozeß hat jedoch gerade durch die widersprüchlichen Aussagen ein fahles Licht auf die Sicherheitsbestimmungen für Kernkraftwerke geworfen. Konkrete Unfallverhütungsvorschriften gibt es nicht. Die Verantwortlichen jeder Anlage müssen selbst für Sicherheit sorgen. In Gundremmingen



GROSSES INTERESSE findet der Prozeß in Memmingen, Kamerateams des Fernsehens dürfen ohne Schwierigkeiten im Gerichtssaal filmen. Bild: Kröll

wurden die Sicherheitsvorkehrungen nach dem tödlichen Unfall drastisch verschärft. Nicht jedoch, „weil wir ein schlechtes Gewissen haben“, wie es der technische Leiter Reinhardt Ettemeyer versicherte, sondern „weil uns sonst die Anlage dichtgemacht worden wäre“.

Die Verteidiger heben diese Mängel in den behördlichen Sicherheitsbestimmungen besonders hervor und unterstreichen die Mit-

schuld der Opfer. Staatsanwalt Dr. Helmut Lieber stützt sich auf Zeugen und Gutachter, die Reparaturen in der Art, wie sie die beiden Schlosser durchgeführt haben, als gefährlich ansehen. Allerdings erst jetzt, nach dem Unfall, wie die Verteidiger meinen. Einer der Anwälte rief deshalb empört: „Haben Sie eigentlich begriffen, daß Ihre Bemerkungen über Schuld oder Unschuld von sieben Männern entscheiden?“

6. JULI 1976

Vorwürfe vom Sachverständigen:

3. JULI 1976

Kapitale Fehler in Gundremmingen

Nach Ansicht des Gutachters hätte die Unglücksreparatur besser überwacht werden müssen

Von unserem Redaktionsmitglied Ronald Hengherr

Memmingen. Wenn bislang in dem Prozeß vor dem Landgericht Memmingen um den Tod im Kernkraftwerk Gundremmingen die Atmosphäre eher ruhig war und nur ab und zu ein „Wind“ gemacht wurde, so gab es am gestrigen 5. Verhandlungstag Blitz und Donner. Vorwürfe gegen die sieben Angeklagten, die am 19. November 1975 fahrlässig den Tod zweier Schlosser bei Reparaturarbeiten verursacht haben sollen, hagelte es von einem der Sachverständigen, Diplomingenieur Otto Göller, der bei der Berufsgenossenschaft Chemie im Sachgebiet Druckbehälter tätig ist. Sie gipfelten in der Formulierung: „In diesem Fall ist die Reparatur nicht ausreichend sicher geregelt. Der kapitale Fehler liegt in der Organisation.“

Die Verteidiger freilich ließen diese Vorwürfe nicht auf sich beruhen. Immer wieder versuchten sie die Glaubwürdigkeit des Zeugen — zum Teil recht lautstark — in Fragen zu stellen. Doch trotz aller Vorhalte blieb Göller bei seinen Behauptungen. Zwar mußte auch er zugeben, daß es keine konkreten Vorschriften zur Unfallverhütung für Arbeiten im Kernkraftwerk gebe, die Regeln der Technik seien jedoch übertragbar. Unbedingt notwendig sei es gewesen, Fachleute der Berufsgenossenschaft, des TÜV und der Gewerbeaufsicht zur Beratung hinzuzuziehen. In einem Gespräch mit diesen

Experten hätte die vorgesehene Reparatur erörtert werden müssen. Göller weiter: „Die Reparatur hätte dann auf das penibelste überwacht werden müssen. Denn Heißwasser unter Druck ist das allergefährlichste Medium überhaupt.“

Nie ganz sicher

Eine hundertprozentige Sicherheit gebe es nicht, räumte der Gutachter auf Fragen der Verteidiger ein, doch müsse das Risiko so gering wie möglich gehalten werden. Den Widerspruch zu Gutachter Günther Lötzelin, der am Vortag die Reparaturbedingungen

als sicher bezeichnet hatte, erklärte Göller damit, daß er höhere Ansprüche an die Sicherheit stelle.

Ebenso energisch wie dem Sachverständigen begegneten die Verteidiger Kriminaloberkommissar Georg Ganzer, der die Ermittlungen geführt hatte. Es ging dabei um dessen Aussage, daß er erst Stunden nach dem Unglück das Kernkraftwerk betreten konnte. Ganzer gab zu, nicht von der Werksleitung daran gehindert worden zu sein. Vielmehr habe ihm ein Polizeibeamter gesagt, da könne man jetzt nicht hinein, weil alles versucht sei.

In die Zange wurde Ganzer von den Verteidigern auch genommen, weil ihrer Ansicht nach die Protokolle der Vernehmung von Angeklagten und Zeugen nicht korrekt abgefaßt worden seien. Der Beamte erklärte dazu, „daß die Aussagen sinngemäß ins Protokoll kommen, aber der Polizeibeamte am Inhalt des Protokolls mitwirkt“.

Selbstverschulden möglich

Ein Selbstverschulden der getöteten Betriebsschlosser Otto Huber (34) und Josef Ziegelmüller (46) hat nach Auffassung des Sachverständigen Wolfram Schoener und Stefan Schwab (Technische Universität München) eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich. In ihrem vorgetragenen Gutachter wiesen die beiden Diplomingenieure darauf hin, daß die zwei Männer selbst die Absperrplatten an dem zu reparierenden Schieber leicht geöffnet haben könnten, um durch den Anlagedruck die verhärtete Stopfbuchspakung herauszudrücken. Nachdem die Pakung zunächst langsam herausgeglitten sei, könnte sie sich plötzlich explosionsartig gelöst haben. Die Schlosser hatten dabei tödliche Verbrühungen erlitten.

3. JULI 1976

Werkzutritt sieben Stunden nach dem Unglück

Die Polizei kam zu spät

Professor Bleck kann über Gundremmingen nichts sagen

Von unserem Redaktionsmitglied Ronald Hengherr

Memmingen. Der Aufstand des Wissenschaftlers fand nicht statt. Jörn Bleck, Professor für experimentale Physik an der Universität Bremen, konnte in dem Prozeß vor dem Landgericht Memmingen um den Tod im Kernkraftwerk Gundremmingen, bei dem zwei Schlosser starben, als sie einen Defekt beheben sollten, nur wenig aussagen. Er hatte sich zusammen mit anderen Mitgliedern der Bremer Universität nach dem Unglück am 19. November 1975 in einer kritischen Analyse mit dem Sicherheitssystem befaßt. Zu dem Unfall selbst freilich vermochte er sich nicht zu äußern. So war seine Vernehmung schon nach wenigen Minuten ohne großes Aufsehen beendet.

Lebhaft ging es dagegen zu, als Kriminaloberkommissar Georg Ganser vernommen werden sollte. Er berichtete, daß er erst rund sieben Stunden nach dem Unglück das Kernkraftwerk betreten konnte. Als er jedoch zum Unfallort kam, war die Reparatur, die zu dem Tod der beiden Schlosser geführt hatte, inzwischen bereits vollzogen, um den Betrieb des Kernkraftwerks aufrechtzuerhalten.

Einer der sieben Verteidiger stellte den Antrag, die Aussagen des Zeugen wegen ihrer Bedeutung im Wortlaut mitzuschreiben. Der Vorsitzende Richter Franz Kolb hatte nichts dagegen, dafür aber der Protokollführer. Er konnte nicht so schnell schreiben wie der Polizeibeamte sprach. So wurde die Vernehmung verschoben, bis eine geeignete Schreibkraft vorhanden war.

einbaren.“ Heute wird die Beweisaufnahme mit der Vernehmung weiterer Sachverständiger abgeschlossen.

Niemand weiß etwas

Für Aufregung hatte jedoch zuvor der Staatsanwalt gesorgt. Er wollte gehört haben, wie einer der Zeugen zu zwei anderen sagte: „Der wird geschockt sein, wenn ich das sage. Ich laß das dann im Raum stehen.“ Der Zeuge selbst freilich konnte sich nicht daran erinnern und auch die angeblichen Zuhörer wußten davon nichts.

Leicht gemacht wurde es einem Kamerteam des Westdeutschen Rundfunks. Die Angeklagten ließen sich wie in den Tagen zuvor bereitwillig filmen, und auch Richter Kolb blieb extra lange stehen, bis die Fernsehleute alles „im Kasten“ hatten, bevor er mit der Aufforderung „Bitte Platz zu nehmen“, den Kameras Stillstand gebot.

Wenig Neues brachten die ersten Sachverständigen. Der Direktor der Elektrochemischen Werke Hülz, Günther Lötzelin, erklärte nach langer Rede in kurzem Satz: „Diese außergewöhnliche Reparatur ist mit den Erfordernissen der Arbeitssicherheit zu ver-

Aufmerksame Zuhörer im Prozeß um Gundremminger Unglück

Die Frauen immer dabei

Angehörige der Opfer und der Angeklagten Seite an Seite

Von unserem Redaktionsmitglied Ronald Hengherr

Memmingen. Programmgemäß — was den Zeitplan betrifft — verläuft der Prozeß um den Tod der beiden Schlosser Otto Huber und Josef Ziegelmüller am 19. November 1975 im Kernkraftwerk Gundremmingen vor dem Landgericht Memmingen. Auf der Anklagebank sitzen die sieben Verantwortlichen des Werkes wie von der ersten Stunde an in unveränderter Reihenfolge, so wie in der Anklageschrift aufgeführt, vom Leiter der Gundremminger Anlage bis zum stellvertretenden Schichtführer. Ihnen will Staatsanwalt Dr. Helmut Lieber nachweisen, wie sie sich am Tag der Schlosser verursacht zu haben, als die beiden Männer einen Schieber am Primärreinigungsreaktor reparieren sollten.

Ein Zeuge nach dem anderen wird vernommen, ohne daß die Ankläger etwas klarmachen, wie es zu dem Unglück am 19. November 1975 kommen konnte. Der Zuschauerraum ist wieder nur schwach besetzt. In einer Reihe sitzen die Angehörigen der Angeklagten und Zeugen sowie die Ehefrauen der beiden Opfer. Gefaßt verfolgen sie die Schilderungen. Lediglich als der Strahlenschutzsachbearbeiter Guido Buchwieser beschreibt, mit welchen Verletzungen er Josef Ziegelmüller fand, bricht dessen Ehefrau in Tränen aus. Fast während des ganzen Prozesses sind die beiden Witwen im Gerichtssaal. Auch die Ehefrau des angeklagten technischen Leiters des Kraftwerks, Reinhardt Ettemeyer, ist in jeder Sekunde dabei. Genauso selbstsicher wie ihr Mann vor dem Richter, tritt sie in den Pausen auf, verteilt Mineralwasser und Lob und Tadel für die Berichterstattung der Journalisten.

Widersprüchliche Aussagen

Immer wieder müssen während der Vernehmungen Unklarheiten beseitigt werden. Oft stimmen die Angaben der Zeugen vor Gericht nicht mit denen überein, die sie bei der polizeilichen Vernehmung gemacht haben, oder sie stehen im Widerspruch zu den Aussagen anderer Zeugen. So gibt ein Meister der mechanischen Abteilung, Anton Mayer, an, für die Reparatur des defekten Schiebers hätten die beiden Schlosser normalerweise eineinhalb Stunden benötigt. Der Werkstattleiter, Helmut Stenzel, hingegen spricht von einer halben bis einer Stunde.

Einig sind sich jedoch alle Beteiligten über die Zuverlässigkeit der beiden Schlosser. Ähnlich wie am Tag zuvor Dr. August Weckesser (67), der zum Zeitpunkt des Unglücks noch Leiter des Kernkraftwerks war, beurteilt der Meister der mechanischen Abteilung, Schlosser Huber: „Er war ein sehr konsequenter Mann, sehr genau, sehr gewissenhaft“, warum gerade bei ihm das Unglück geschah, kann sich der Zeuge nicht erklären, denn „Huber wußte, mit welchem Medium er umging.“

Eine kleine Überraschung gibt es am gestrigen Nachmittag, als zwei Zeugen berichteten, daß der Schlosser Josef Ziegelmüller

noch lange nach dem Unfall bei Bewußtsein und ansprechbar war. Der Fahrer des kraftwerkseigenen Krankenwagens erzählt, er habe gehört, wie Lagerverwalter Rudolf Schiele, der Ziegelmüller auf der Fahrt ins Krankenhaus begleitet hat, mit ihm gesprochen habe. Dabei habe Ziegelmüller auf die Frage, was passiert sei, geantwortet: „Wir haben das Ventil aufgemacht und es kam zuerst kein Dampf. Dann jedoch kam plötzlich Dampf.“ Schiele kann diese Aussage nicht bestätigen: „Mir fehlt da etwas, ich kann mich nicht erinnern. Ich weiß nur noch, wenn ich Ziegelmüller auf Dampf ansprach, hat er nichts gesagt, sondern die Augen geschlossen. Und ich erinnere mich, daß er meinte, den Otto (Huber) hat's wahrscheinlich erwischt.“

Der einzige Augenzeuge schildert das Gundremminger Unglück

30. Juni 1976

Plötzlich ein dumpfer Knall

Einer der Verunglückten kurz vor dem tödlichen Unfall: Es läuft ganz gut

Von unserem Redaktionsmitglied Ronald Hengherr

Memmingen. „Es gab plötzlich einen dumpfen Knall. Eine Dampfwolke stieg aus der Einstiegsluke. Nach einer Weile kam Zieglmüller herausgekrochen.“ So schildert der einzige unmittelbare Zeuge des Unfalls im Kernkraftwerk Gundremmingen am 19. November 1975, Strahlenschutzmann Manfred Otto (32), in dem Prozeß gegen sieben Verantwortliche des Werkes vor dem Landgericht Memmingen, was sich vor seinen Augen abgespielt hat. Die sieben Männer sind angeklagt, fahrlässig den Tod zweier Menschen verursacht zu haben. Der erste tödliche Unfall in einem Kernkraftwerk der Bundesrepublik hatte sich ereignet, als die beiden Schlosser Otto Huber und Josef Zieglmüller einen defekten Schieber reparieren sollten, wobei plötzlich heißes Wasser ausströmte und die beiden Schlosser verbrühte.

Atemlose Stille herrscht im Gerichtssaal, am Dienstag, als Otto den Unfall schilderte. Er hatte die beiden Schlosser zur Reparaturstelle begleitet, um dort die radioaktive Strahlung zu überwachen. Warum es zu dem Unglück kam, kann auch Otto nicht sagen: „Ich stand oben in der Nähe der Einstiegsluke zu dem Raum, in dem sich W 6 befindet und konnte den Arbeitsplatz nicht ein-

sehen.“ Es sei ihm dann gelungen, Zieglmüller aus der Luke zu ziehen; der Schlosser erlag allerdings später seinen Verletzungen.

Nur nachziehen ...

Die Reparatur an dem Schieber W 6 war die zweite der beiden Schlosser an diesem Tag, erinnert sich Otto. Zuvor hätten sie am Schieber W 1, der sich in einem anderen Raum befindet, gearbeitet. Dies sei problemlos gegangen. Auch an W 6 habe es zunächst offenbar keine Schwierigkeiten gegeben, denn er habe gehört, wie einer der beiden Schlosser sagte: „Es läuft ganz gut.“ Einmal habe er einen Schraubenschlüssel nachreichen müssen, das andere Mal eine Schachtel, aus der einer der beiden Schlosser so etwas ähnliches wie einen Dichtungsring entnommen habe. Dieses Detail erschien dem Richter wichtig, denn bei der Vernehmung der Angeklagten hatte sich herausgestellt, daß während der Reparatur die Art der Ausbesserung geändert wurde. Laut ursprünglichem Antrag sollte der Schieber „neuverpackt“ werden. Das bedeutet, die Dichtung hätte erneuert und der Schieber dafür geöffnet werden müssen. Kurz vor Beginn der Arbeiten habe Schlosser Huber den Auftrag geändert und gesagt: „Da genügt ja nachziehen“. So jedenfalls hatte der stellvertretende Schichtführer Karlheinz Petrak bei seiner Vernehmung ein Telefongespräch mit Huber unmittelbar vor der Reparatur geschildert. „Nur nachziehen“ trug er dann in Abänderung des Auftrags auch auf dem entsprechenden Formular ein.

Immer wieder wird der Gerichtssaal zum Auditorium. Denn sowohl Vorsitzender Richter Franz Kolb, wie auch Staatsanwalt Dr. Helmut Lieber, verstehen zuweilen eine Formulierung oder einen Vorgang nicht, so daß die Angeklagten zuerst verständlich machen müssen, worüber sie sprechen. Kolb stöhnt: „Wir rudern in den Aktenbergen.“

Lob vom Werkschef

Der Gerichtsvorsitzende findet, daß der Begriff „Freischalten“ (gefährlosmachen der Arbeitsstelle) nicht eindeutig sei. „Freischalten“ bedeutet aber auf keinen Fall, ohne besondere Vorsicht zu arbeiten“, sagt der frühere Kraftwerksleiter, Dr. August Weckesser (67), als erster Zeuge. Für ihn, der am 1. Januar in den Ruhestand getreten ist, läßt sich das Unglück nur dadurch erklären, daß die beiden Schlosser bei ihrer Arbeit der Auffassung gewesen seien, der defekte Schieber W 6 sei bereits

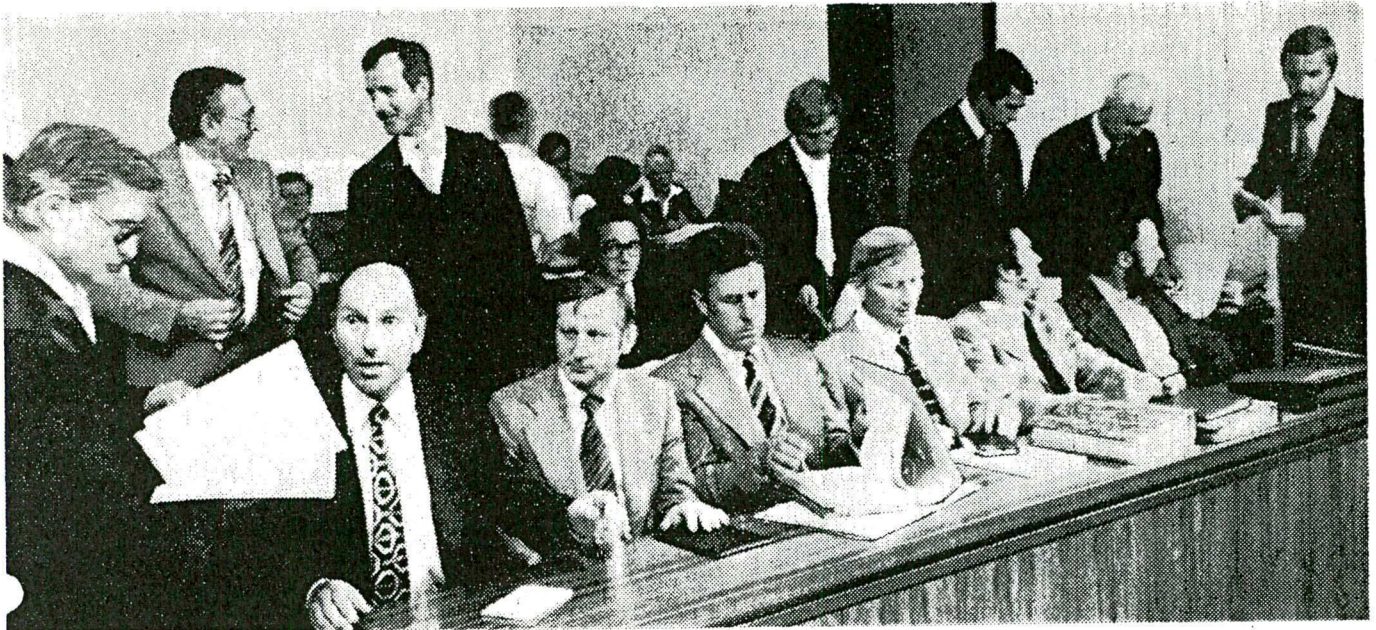


Im Zeugenstand:
Dr. Weckesser,
Werksleiter in Ruhe
Bild: dpa

drucklos, also ohne Wasser. „Sie waren zu erfahren, um so etwas zu tun.“

Einen ausführlichen Bericht über die radiologischen Auswirkungen gibt Dipl. Physiker Norbert Eckelpasch, in der Abteilung Ueberwachung unter anderem für den Strahlenschutz verantwortlich. Wie schon vor dem Prozeß die Werksleitung betont hatte, erklärt auch er, daß keine Radioaktivität an die Außenwelt gedrungen sei. Auch habe die Strahlenbelastung für die beiden verunglückten Schlosser keine Gefahr bedeutet. — Der Prozeß wird fortgesetzt.

29. Juni 1976



GELASSEN UND SELBSTSICHER gaben sich die Angeklagten am ersten Tag des Prozesses um den tödlichen Unfall im Kernkraftwerk Gundremmingen. Unser Bild zeigt die sieben Männer auf der Anklagebank: den technischen Geschäftsführer Reinhardt

Ettemeyer sowie die Angestellten Walter Reim, Werner Amschler, Rolf Stahl, Karl Bischofsberger, Werner Rosenbauer und (stehend) Karlheinz Petrak (von links). Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung und fahrlässige Körperverletzung. Bild: Kroll

Für Routine übernimmt keiner Verantwortung

Beim Prozeß um Gundremminger Unglück erteilt Angeklagter Nachhilfe in Sachen Kernenergie

Von unserem Redaktionsmitglied Ronald Hengherr

Memmingen. „Nach einem Unfall ist jeder schlauer.“ Mit dieser Erklärung reagierte der damalige technische Direktor und jetzige technische Geschäftsführer des Kernkraftwerkes Gundremmingen, Reinhardt Ettemeyer, zu Beginn des Prozesses über das erste tödliche Atomreaktor-Unglück in der Bundesrepublik auf den Vorwurf der Anklage, er hätte veranlassen müssen, daß die Reparatur an einem Schieber des sogenannten Primärwasser-Reinigungsreislaufes gefahrlos vorgenommen hätte werden können.

Seit Montag müssen sich vor der Ersten Großen Strafkammer des Landgerichts Memmingen insgesamt sieben Angestellte des Atommeilers, unter ihnen Ettemeyer, wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung in zwei Fällen und der fahrlässigen Körperverletzung verantworten.

Noch einmal werden in dem modernen Gerichtssaal die Ereignisse vom 19. November 1975 wach, bei denen die beiden Schlosser Otto Huber und Josef Ziegelmüller tödliche Verbürhungen erlitten, als leicht radioaktiv verseuchter, 270 Grad heißer und unter hohem Druck stehender Wasserdampf austrat. Dazu sollen im Lauf des Verfahrens acht Sachverständige gehört werden. Das Interesse, die Verhandlung direkt mitzuerleben, ist am ersten Tag nicht sehr groß. Einige Zuschauerplätze bleiben frei.

Weitgehend gelassen setzen sich die Angeklagten zum Prozeßbeginn den Blitzlichtern der Fotografen und Fernsehkameras aus. Ruhig hören sie auch dem Staatsanwalt Dr. Helmut Lieber zu, als er fast monoton die Anklageschrift verliest. Der Vorsitzende Richter Franz Kolb weist die Angeklagten auf ihr Recht hin, zu schweigen. Doch Reinhardt Ettemeyer möchte sich umfassend äußern; er will seine Aufgabe im Gundremminger Werk schildern. Dazu hat er zahlreiche Schaubilder und Grafiken mitgebracht, mit denen er dem Gericht „Nachhilfeunterricht“ in Sachen Kernenergie geben will: „Ich muß Ihnen einige Begriffe erklären, die Sie lernen müssen, damit wir in der gleichen Sprache sprechen.“

Beinahe lässig beginnt Ettemeyer die Funktion eines Kernkraftwerkes zu erklären, übersetzt Begriffe wie „Anfahren“ ins

Hochdeutsche (in Betrieb nehmen) oder in verständliche Worte: „Ein Ventil ist ungefähr wie ein Wasserhahn zu Hause.“

Interessiert, aber sichtlich angestrengt hören die Richter zu. Daß Erklärungen notwendig sind, zeigt sich rasch, denn der Vorsitzende Richter muß nachfragen: Wie war das mit dem „Freischalten“? Ettemeyer erklärt ein zweites und drittes Mal: „Es bedeutet, daß der Teil, der repariert werden muß, gefahrlos oder sicher gemacht wird, aber nur dieser Teil. Wir müssen also nicht das ganze Kraftwerk abschalten.“

Den Druck prüfen

Ueber Zeichnungen erfährt man auch, was W1, W6 und W12 bedeuten. W6 ist der Schieber, bei dem ein Ventil defekt war und ausgetauscht werden sollte, was zu dem Unglück führte. W1 ist ein vorgelagerter Schieber und W12 ein noch folgendes Ventil. Nach Ansicht des Staatsanwaltes hätte nicht nur W6 geschlossen werden müssen, sondern auch W1 und W12, um eine Gefahr an der Reparaturstelle auszuschließen. Doch Ettemeyer entgegnet: „Das muß nicht unbedingt sein.“ Und weiter erklärt er: „Wenn ich daran arbeite, dann muß ich selber nachprüfen, ob der zu reparierende Teil drucklos ist.“ Dies war bei dem Unglück offensichtlich nicht der Fall.

Warum die Anlage nicht ganz abgeschaltet worden sei, um jede Gefahr zu vermeiden, hakt der Staatsanwalt nach. „Wir können das Reinigungswasser um die Reparaturstelle herumleiten und müssen somit nicht abschalten“, erklärt Ettemeyer. Ob denn das in den Besprechungen erörtert worden sei, will der Staatsanwalt wissen. „In meiner Anwesenheit ist in der Morgenandacht (Frühbesprechung) über die Repa-

ratur nicht gesprochen worden.“ Allerdings sei er am Unglückstag nach zweitägiger Krankheit zum erstenmal wieder im Kernkraftwerk gewesen und habe sich nicht wohl gefühlt. Es könne in seiner Abwesenheit darüber gesprochen worden sein. Wenn auch dies nicht der Fall war, so sei es nicht ungewöhnlich, denn eine Reparatur wie die an dem defekten Schieber sei ganz normal.

Die Fragen des Staatsanwaltes werden hier vom Richter unterbrochen. Die anwesenden Rechtsanwälte hatten zum Teil vor dem Haus an den Parkhäusern ihre Wagen geparkt. „Fahren Sie Ihre Autos bitte in das Parkhaus, sonst gibt es Verwarnungsgelder“, bittet er. Die Unterbrechung scheint willkommen, denn die Hitze ist inzwischen so groß, daß selbst der Vorsitzende Richter empfiehlt, das Jackett auszuziehen. Die Temperaturen im Gerichtssaal klettern freilich weiter, als nach der Pause Ettemeyer auf die Anklage eingeht. Ihm sei von der Reparatur des Schiebers nichts bekannt gewesen, somit habe er auch „keine Kenntnisse des Problems“ gehabt.

Ebenfalls keine Ahnung von der Reparatur hatte auch der Elektroingenieur Walter Reim, den das Gericht als zweiten hört. Mit bestimmter Haltung sagt auch er: „In meiner Anwesenheit ist über die Reparatur an W6 nicht gesprochen worden. Das ist völlig normal, denn solche Arbeiten kommen ständig vor.“ In einem Punkt freilich sagt er mehr als Ettemeyer. Auf die Frage, wieviel er verdiene, antwortete Reim: „3500 netto.“ Ettemeyer auf die gleiche Frage: „Ich lebe in geordneten Verhältnissen.“

Laut Reim war die undichte Stelle („Leckage“) an dem Schieber bereits im August 1975 ermittelt worden, sollte aber auch wegen der Beschaffung eines Ersatzteiles erst am 19. November behoben werden, wenn der Kernreaktor wegen großer Reparaturen abgeschaltet werden sollte.

2 4. Juni 1976

Nur einer sah den Tod im Kernkraftwerk

Zeuge des Unglücks von Gundremmingen auch als Zeuge vor Gericht — Sieben Angeklagte

Von unserem Redaktionsmitglied Ronald Hengherr

Gundremmingen/Memmingen. .Donnerstag, 19. November 1975. Im Kernkraftwerk Gundremmingen machen sich die beiden Betriebsschlosser Otto Huber (34) und Josef Ziegelmüller (46) zur Reparatur an einem Absperrschieber im Primärreinigungs-kreislauf fertig. Sie steigen von oben über eine Luke in den engen Raum. Der sie begleitende Strahlenschutzmann Manfred Otto bleibt draußen, um die Arbeiten in der „Mausefalle“ zu beobachten. Er wird wenig später Zeuge des ersten tödlichen Unfalls in einem Kernkraftwerk der Bundesrepublik. Mit lautem Knall schießt plötzlich 270 Grad heißes Wasser als Dampf aus dem unteren Teil des defekten Absperrschiebers. Ottos Versuch, die beiden Schlosser zu retten, ist vergeblich. Huber erleidet sofort tödliche Verbrennungen, Ziegelmüller stirbt am nächsten Tag.

Der Strahlenschutzmann wird bei dem Prozeß, der am Montag vor dem Landge-

richt in Memmingen beginnt, der einzige von 24 Zeugen sein, der den Unfallhergang genau schildern kann. Auf der Anklagebank sitzen sieben Männer, Verantwortliche im Kraftwerk, die nach Meinung des Staatsanwalts den Tod der beiden Schlosser hätten verhindern können, wenn ihre Anweisungen korrekt gewesen wären und den Sicherheitsbestimmungen entsprochen hätten. Unter den Angeklagten ist der technische Leiter des Kernkraftwerks, Reinhard Eitemeyer, nicht jedoch der damalige Direktor, Dr. August Weckesser (64). Er trat im Januar in den Ruhestand.

Menschliches Versagen der beiden Schlosser war zunächst als Unfallursache vermutet worden, doch das trifft zumindest nach Ansicht des Staatsanwalts nicht zu. Wie so vieles, das sich im Zusammenhang mit dem Unglück nach Tagen, zum Teil erst nach Wochen, als falsch herausstellte. Vier Liter heißen Wassers seien ausgetreten, hieß es

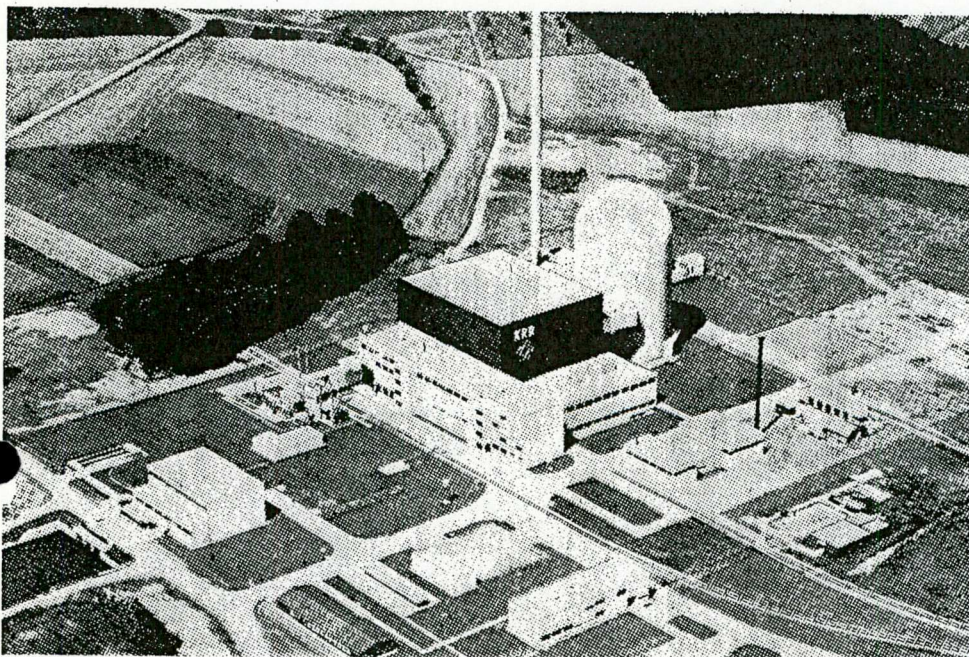
zunächst von seiten der Kraftwerksleitung. Doch die Wissenschaftler irrten. Nach einigen Tagen gaben sie zwischen 500 und 800 Liter an. Daß nach dem Unfall alles drunter und drüber ging, daß der Strahlenschutzmann Otto leicht verletzt wurde, daß das defekte Ventil schon lange kaputt war, sind weitere Tatsachen, die erst nach und nach bekannt wurden. Vorwürfe der Presse und aus der Bevölkerung, hier sei bewußt falsch oder nur stückweise informiert worden, wies die Werksleitung stets zurück. Für sie war das Unglück ein „ganz normaler Betriebsunfall“.

Doch in der Öffentlichkeit wurde die Angst vor dem Atomtod wieder größer — auch wenn alle Seiten übereinstimmend erklärten, bei dem Unglück seien keine radioaktiven Strahlen frei geworden. Was aber, wenn Mißverständnisse und Fehler an anderer Stelle — im Reaktorbereich selbst — einen Unfall verursacht hätten? Die Zweifel konnten nicht ausgeräumt werden. Jeder fünfte im Raum Gundremmingen wäre laut einer Umfrage nach dem Unglück am liebsten weggezogen.

Eine Klärung, ob denn Atomkraftwerke nun wirklich sicher sind, wird allerdings der Prozeß kaum bringen. Denn auch für den Ankläger ist der Tod in Gundremmingen ein Betriebsunfall, bei dem — im juristischen Deutsch — die „Angeschuldigten beschuldigt werden, durch Fahrlässigkeit den Tod und die Körperverletzung verursacht zu haben“.

Angst wieder geweckt

Tatsächlich hat noch nie ein Betriebsunfall soviel Aufsehen erregt wie im Fall Gundremmingen. Bayerischer Landtag und Bundestag diskutierten stundenlang. Das Unglück fand in der internationalen Presse große Beachtung. Die Gegner der Kernenergie fühlten sich bestätigt und forderten strengere Sicherheitsvorkehrungen. Die Bestimmungen und Auflagen seien so umfassend, daß nichts passieren könne, verteidigten sich die Befürworter. Doch die Angst vor der Katastrophe war wieder geweckt. In einem kleinen Ort nahe Gundremmingen sah eine Hausfrau gar den drohenden Untergang: „Wir sterben, ohne daß wir es merken.“



ENERGIEQUELLE für Nordschwaben ist das Kernkraftwerk Gundremmingen. Der Anteil, den es an der Stromversorgung hat, soll durch Ausbau der Anlage in den nächsten Jahren steigen

Luftbild: RBW, Köln Freigeg. v. Reg.-Präs. Düsseldorf 18/53/995

2 4. Juni 1976

19. Juni 1976

BAYERN

Zur Anklageschrift ein Prospekt vom Kernkraftwerk

19. Juni 1976

Die Staatsanwaltschaft geht mit Gundremmingen ins Gericht

Technischer Leiter und sechs Ingenieure der Mißachtung von Sicherheitsbestimmungen beschuldigt

Von unserem Redaktionsmitglied Max-Hermann Bloch

München/Memmingen. Die Mißachtung grundlegender Sicherheitsbestimmungen, doch auch Mißverständnisse unter dem verantwortlichen Personal haben am 19. November 1975 in Gundremmingen (Kreis Günzburg) den bisher größten Unfall in einem deutschen Kernkraftwerk verursacht, an dessen Folgen die Betriebsschlosser Otto Huber und Josef Ziegelmüller gestorben sind. So stellt es jedenfalls die gestern vom Oberlandesgericht München vorgelegte 14seitige Anklageschrift der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Memmingen dar. Um der besseren Einführung, nicht um der Werbung für Atomstrom willen, hat die Staatsanwaltschaft ihre Anklageschrift mit einem sechsseitigen buntfarbigen Prospekt der „Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk GmbH“ Gundremmingen, der die Anlage technisch im Detail darstellt, versehen. Am 28. Juni findet nun der Unfall vor

dem Landgericht Memmingen sein juristisches Nachspiel. Bereits im Februar hatte die Pressestelle beim Oberlandesgericht München erklärt, sieben Angehörige des KRB Gundremminger Werkes seien hinreichend verdächtig, fahrlässig den Tod der beiden Betriebsschlosser sowie die Körperverletzung des zugeordneten Strahlenschutzmannes Manfred Otto (Verbrühungen an der linken Hand) verursacht zu haben. Mit der Anklageschrift hat die Justiz nun auch die Namen der durchwegs in Gundremmingen wohnhaften Beschuldigten veröffentlicht. Es sind Diplomingenieur Reinhardt Etmeyer, Elektroingenieur Walter Reim, Betriebsingenieur Werner Amschler, Schiffsingenieur Rolf Stahl, Maschinenbaumeister Karl Josef Bischofsberger, Maschinenbauingenieur Werner Gustav Rosenbauer und Schiffsingenieur Karlheinz Petrak.

Am Unglückstag haben Huber und Ziegelmüller am Absperrschieber W6 des sogenannten Primärwasserreinigungskreislaufs Reparaturarbeiten vorgenommen, nachdem bereits Ende August eine „starke Leckage“ festgestellt worden war. Während sie in dem kellerartigen Raum mit Ausstiegsluke die alte Stopfbuchspackung entfernten und den Schieber neu abdichten wollten, trat plötzlich nach einem lauten Knall heißer, unter hohem Druck stehender, leicht radioaktiv verseuchter Wasserdampf aus dem unteren Teil des Schiebers aus. Huber erlitt sofort tödliche Verbrühungen, Ziegelmüller starb am folgenden Tag; Strahlenschutzmann Otto verbrühte sich beim Rettungsversuch die Hand. Sämtliche Angeschuldigten hätten, so meint die Staatsanwaltschaft, bei pflichtgemäßem Handeln diesen für sie vorhersehbaren und vermeidbaren Unfall verhindern können. Sie seien mit der technischen Leitung beziehungsweise mit der Planung und Beaufsichtigung der Reparaturarbeiten betraut gewesen und hätten grundlegende Regeln der Technik außer acht gelassen. Seit Jahresbeginn 1966 ist der seiner Stellung nach hauptverantwortliche Etmeyer technischer Geschäftsführer der KRB.

Verstoß gegen alle Regeln

Wie ein roter Faden zieht es sich durch die Anklageschrift: Die Angeklagten müßten in mehreren Besprechungen die Gefahrensituation erkennen. Bischofsberger habe aber am 13. November diese mit der Erklärung zerstreut, die Reparatur könne auch bei in Betrieb befindlicher Primärreinigungsanlage durchgeführt werden, wenn W6 geschlossen werde. Daß ein „versierter Praktiker“ so etwas vertritt, kann die Staatsanwaltschaft nicht verstehen. Sie pocht nachdrücklich auf die Unfallverhütungsvorschriften für

Druckbehälter. Danach sind Instandsetzungsarbeiten nur an drucklosen Behältern zulässig. Dazu hätten in Gundremmingen auch die Schieber W1 und W12 geschlossen und damit der gesamte Strang zum Schieber

Ein Bett für den Hund

Ansbach (Ib). Den Besuchern der mittelfränkischen Regierungshauptstadt Ansbach, die ihren Hund oder ihre Katze nicht in ihrem Hotel unterbringen können, soll das neue Tierheim, das noch vor der Hauptreisezeit eröffnet wird, einen besonderen „Service“ bieten: Außer zugelaufenen, aufgegriffenen oder zur Betreuung abgegebenen Tieren können dort auch die Lieblinge der nach Ansbach kommenden Besucher untergebracht werden. „Bei der Tierliebe zahlreicher in- und ausländischer Touristen, die von der Siamkatze bis zum Afghanenhund alles mitbringen, besteht dafür ein ausgesprochenes Bedürfnis“, sagt der Ansbacher Bürgermeister Willibald Kornburger.

W6 drucklos gemacht werden müssen. Die „Durchführung der Reparatur trotz in Betrieb befindlicher Primärreinigung mußte also gegen die anerkannten technischen Grundregeln verstoßen“, bemerkt die Anklageschrift. In Gundremmingen sei das zuvor immer beachtet worden.

Erste Bedenken

Rufer in der Wüste war offenbar der Reparaturmeister Stenzel, der noch am Vortag die schriftlichen Freischaltungsanträge aus-

stellte. Er vergewisserte sich später noch telefonisch, daß das klargehe. Rosenbauer kamen zwei Stunden vor dem Unglück „erste erhebliche Bedenken“. Er sprach deshalb den ihm übergeordneten Amschler an. Doch dieser antwortete, es sei abgesprochen, die Primärreinigung bleibe in Betrieb. Beim anschließenden Telefonat machte Meister Stenzel noch einmal darauf aufmerksam, die Leckage am W6 sei so groß, daß sie nur durch ein totales Auswechseln der Dichtung behoben werden könne, was die Freischaltung notwendig mache. Als Stenzel dann um 9.30 Uhr dem später getöteten Schlosser zusätzliche Reparaturanweisungen gab, war er davon überzeugt, daß sein Rat befolgt werde.

Zu allem kam noch, daß um 9.49 Uhr die Reinigungsanlage wegen Überlastung des Kühlers ausfiel und nun jeder meinte, alle sei in Ordnung. Rosenbauer vergaß, Stenzel mitzuteilen, daß es sich aber nur um einen kurzfristigen Druckausfall handle. Um 10.2 Uhr wurde die Anlage von der Warte aus wieder in Betrieb genommen, und damit war die alte Gefahrensituation wieder gegeben. Der getötete Huber vertraute auf die Druckentlastung des Schiebergehäuses und unterließ deshalb den Kontrollblick auf das Schauglas. Zu allem Unglück war der Schieber W6 trotz starken Nachziehens unbrauchbar. Die Millimeter nicht völlig geschlossen. Der ringförmige Spalt reichte aus, um eine „Sattdampffontäne“ mit etwa 2 Grad Celsius austreten zu lassen.

Bremer Forschungsgruppe legt Analyse zu Gundremmingen vor

Zwei Bilder vom Tod im Kraftwerk

Werksleitung weist Vorwürfe zurück — Wissenschaftler sehen ihre Befürchtungen bestätigt

Von unserem Redaktionsmitglied Ronald Hengherr

Memmingen/Gundremmingen. Es steht schon jetzt fest: Bei dem Prozeß, der am 28. Juni vor dem Landgericht Memmingen beginnt, werden die Zuschauerplätze rar sein. Auf der Anklagebank sitzen sieben Männer, denen der Staatsanwalt die Verantwortung für das Unglück im Kernkraftwerk Gundremmingen am 19. November 1975 nachweisen will. Bei dem Arbeitsunfall hatten zwei Schlosser während einer Reparatur durch ausströmendes heißes Wasser tödliche Verbrennungen erlitten. Werksleitung und Behörden waren auch wegen ihrer Informationspolitik ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Freilich

haben die Verantwortlichen in Gundremmingen immer wieder betont, niemals etwas verheimlicht oder verfälscht zu haben. Sie sprechen von einem normalen Arbeitsunfall. Angehörige der Universität Bremen befaßten sich eingehend mit dem Fall Gundremmingen. Das Ergebnis ihrer Untersuchungen wird von dem technischen Direktor des Kernkraftwerks, Reinhard Ettemeyer, fast in jedem Punkt als falsch abgelehnt. Nicht richtig seien im übrigen auch Behauptungen, wonach die Angeklagten beurlaubt wurden. Ihnen sei lediglich die Verantwortung für Reparaturen entzogen worden.

Seit vier Jahren beschäftigen sich Studenten, Angestellte und Professoren der Universität Bremen unter der Leitung von Professor Jörn Bleck in dem Projekt Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz und in der Industrieregion Unterweser (SAIU) mit Problemen, die durch die industrielle Verwertung der Atomkernspaltung aufgeworfen worden sind. Dabei werden die nach Ansicht der Wissenschaftler schon heute bedenklichen Belastungen der Umwelt und der Arbeitswelt untersucht. Manche der Befürchtungen gegen die Atomenergienutzung, die sich aus dieser Arbeit ergeben hätten, seien auch für die Öffentlichkeit bei dem Unglück in Gundremmingen sichtbar geworden. Aus eigenem Interesse und ohne fremden Auftrag habe deshalb das Projekt SAIU den Vorfall untersucht. Die Bremer Wissen-

schaftler: „Dabei zeigte sich ein erschreckendes Bild der betrieblichen Praxis in Atomkraftwerken.“

Voraussetzungen für den Arbeitsunfall seien gewesen: Konstruktionsmängel, zu knapp bemessene Sicherheit, bedingt durch wirtschaftliche Überlegungen, und die vorschriftswidrige Ausführung routinemäßiger Bagatellreparaturen.

Mangelhaft und fahrlässig ...

Reinhard Ettemeyer weist diese, wie er es nennt, „Pauschalbehauptungen“ zurück. Die Untersuchung des defekten Schieber, bei dessen Reparatur es zu dem Unglück gekommen war, hätte keinerlei Konstruktionsmängel nachgewiesen. Ebenso wenig sei die Sicherheit zu knapp bemessen, schon gar nicht durch wirtschaftliche Überlegungen.

Daß es allgemein bei Reparaturen zu einem Unfall kommen könne, sei klar, doch würden alle denkbaren Maßnahmen getroffen, um Unglücke am Arbeitsplatz zu vermeiden.

Ueber die erste Erklärung des Geschehenes hinaus ziehen die Bremer Forscher Lehrer aus dem Unfall: „Bei der Begrenzung des Schadensausmaßes spielten Zufälligkeiten eine große Rolle. Die Fahrlässigkeit hätte ausreichen können, einen großen atomaren Unfall auszulösen. Die Arbeitsschulung ist mangelhaft.“

Auch diese Äußerungen der Forscher ernten bei Ettemeyer Widerspruch: „In Bruchteilen von Sekunden waren alle Sicherheitseinrichtungen angesprungen. Das Kraftwerk war von der Außenwelt abgeriegelt. Ein großer atomarer Unfall war unmöglich.“ Die Arbeitsschulung bezeichne der technische Direktor als sehr gut. In keiner anderen Industrie würde sie vermutlich so umfangreich betrieben. Beide verunglückten Schlosser seien Meister gewesen und hätten an den hauseigenen Kursen teilgenommen.

Keine radioaktive Gefahr

Wenn auch die Forscher aus Bremer meist eine andere Auffassung haben als die Werksleitung in Gundremmingen, so gibt es doch einen bedeutenden Punkt, in dem diese der Darstellung der Wissenschaftler zustimmt: „Nach den Messungen spricht nichts dafür, daß bei dem Unfall die Radioaktivitätsabgabe des Kraftwerks über den zugelassenen Wert hinausgegangen ist.“

Kritik üben die Projektforscher an der medizinischen Versorgung. Das nächstgelegene Krankenhaus, in das der Verletzte gebracht worden sei — einer der beiden Schlosser starb am Unfallort — verfüge nicht über eine auf Radioaktivität eingerichtete Abteilung.

24. Feb. 1976

24. Feb. 1976

Dienstag, 24. Februar 1976 / Seite 4

BAYERN

Unsachgemäße Reparatur

Fahrlässiger Tod im Kernkraftwerk? Anklage gegen sieben Personen

Staatsanwaltschaft zum Gundremminger Unglück: Pflichtwidrige Anordnung oder Duldung

München (mhb). Sieben Angehörige des Kernkraftwerkes Gundremmingen müssen sich für den Betriebsunfall am 19. November 1975, bei dem die Betriebsschlosser Otto Huber (34) und Josef Ziegelmüller (46) ums Leben gekommen sind, gerichtlich verantworten. Wie die Justiz-Pressestelle beim Oberlandesgericht (OLG) München gestern bekanntgab, sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Memmingen mit der Anklage vor der Strafkammer des Landgerichts Memmingen jetzt abgeschlossen worden. Die sieben Angeklagten werden zwar von der Justiz vorläufig nicht benannt, da, wie uns die Staatsanwaltschaft Memmingen mitteilt, noch nicht sichergestellt ist, daß die Betroffenen die per Post versandte Mitteilung schon erhalten haben.

Nach Darstellung der Justizverlautbarung waren die sieben „zum Teil mit der Leitung des Kraftwerks, zum Teil mit der Planung und Beaufsichtigung der Reparaturarbeiten betraut“. Die Staatsanwaltschaft hält sie „für hinreichend verdächtig“, fahrlässig den Tod der beiden Schlosser und die Körperverletzung eines weiteren Betriebsangehörigen verursacht zu haben. Dieser Vorwurf stützt sich auf Sachverständigengutachten der Institute für thermische Kraftanlagen sowie für Reaktordynamik und Reaktorsicherheit der Technischen Universität München, des TÜV Bayern, des Landeskriminalamtes München, des Arbeitskreises Druckbehälter der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie in Nürnberg, des Kölner Instituts für Reaktorsicherheit und des Augsburger Gewerbeaufsichtsamtes.

Hoher Druck

Dem Ermittlungsergebnis zufolge sieht die Staatsanwaltschaft die Unfallursache in einer unsachgemäßen Durchführung der Reparatur an konventionellen Teilen der Kraftwerksanlage. Die Angeeschuldigten hätten die Neuabdichtung eines Absperrschleibers des sogenannten Primärwasser-Reinigungskreislaufs „pflichtwidrig angeordnet oder geduldet, obwohl der Leitungsteil unter hohem Druck und hoher Temperatur stand“.

Keine radioaktive Einwirkung

Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft ist der Unfalltod der beiden Betriebsschlosser nicht auf radioaktive Einwirkungen, sondern auf tödliche Verbrühungen durch heißen, leicht radioaktiv verseuchten Wasserdampf zurückzuführen. Abschließend heißt es in der Verlautbarung des OLG München: „Nach den der Staatsanwaltschaft vorliegenden Untersuchungsergebnissen trat bei dem Unfall keine Radioaktivität nach außen.“ Ob und wann es zu der Verhandlung gegen die sieben Führungskräfte des Kraftwerks Gundremmingen kommt, liegt nun in der Entscheidung des Landgerichts Memmingen.

28. Jan. 1976

Auf rund 500 Seiten berichten Experten über ihre Untersuchungen

28. Jan. 1976

Gundremminger Atomunfall füllt die Akten

Ministerium und TÜV: Fehlentscheidungen und manipulierbare Technik — Ermittlungen vor Abschluß

Gundremmingen (AZ/dpa). Das Unglück im Kernkraftwerk Gundremmingen am 19. November weitet sich auch auf dem Papier immer mehr aus. Bis zu 500 Seiten werden die Gutachten der acht Institute umfassen, die in die Ermittlungen eingeschaltet worden sind. Die Untersuchungen sollen noch in dieser Woche abgeschlossen werden, so daß kurze Zeit später mit den Ergebnissen gerechnet werden kann. Diese werden voraussichtlich, so der Memminger Oberstaatsanwalt Alfred Blassy, vor dem Münchner Oberlandesgericht der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Nach Auskunft des Leiters der TÜV-Abteilung „Kerntechnik und Strahlenschutz“, Andreas Setzwein, sowie des zuständigen Referatsleiters im bayerischen Umweltministerium, Rudolf Mauker, läßt sich aus den bisherigen Erkenntnissen und den getroffenen Anordnungen folgern, daß eine Reihe von Fehlentscheidungen, begünstigt durch manipulierbare Technik, den ersten tödlichen Reaktorunfall in einem deutschen Kernkraftwerk ermöglicht hatte.

Nach Auffassung der TÜV-Sachverständigen wäre der Betriebsunfall — bei dem 280 Grad heißer, radioaktiver Dampf explosionsartig entwichen ist — grundsätzlich vermeidbar gewesen, wenn wie allgemein üblich, die Nachwärme des abgeschalteten Reaktors über den Kondensator abgeleitet worden wäre. Da dieser an jenem Tag ebenfalls zur Reparatur angestanden ist, lief das Heißwasser über die Reinigungsanlage, in der sich auch der „Unglücks“-Schieber „W 6“ befand. Andreas Setzwein spricht in diesem Fall von einer „Fehlentscheidung“ der Verantwortlichen.

Jederzeit Verbrennungen

Auf eine weitere Fehlerquelle weist das Umweltministerium hin: Allein durch die Konstruktion des Schiebergehäuses, an dem die beiden verunglückten Schlosser eine Dichtung auswechseln sollten, hätten vier Liter heißer Wasserdampf „jederzeit Verbrennungen an Händen und Gesicht verursachen können“. So heiße es, laut Ministerium, in der Herstellerbeschreibung falsch, daß beim Schließen der Schieber das Gehäuse mit etwa vier Litern Rauminhalt drucklos werde.

In allen Atomkraftwerken neueren Datums ist die Konsequenz aus diesen Er-

kenntnissen laut TÜV bereits miteingearbeitet: automatisch funktionierende Arma-turensysteme mit Verriegelungsschaltungen, sichern über zusätzliche Entwässerungsleitungen die Drucklosigkeit einzelner Gefäße im Reinigungskreislauf, sofern überhaupt eine Reparatur unter Druck erforderlich erscheint.

Als TÜV-Sachverständiger weist Setzwein aber auch darauf hin, daß es zwischen jeder nur denkbaren Sicherheitsinvestition und der Wirtschaftlichkeit von Kernkraftwerken nur „einen vernünftigen Kompromiß geben kann“. Nicht für jede Schraube könne der Reaktor gleich abgeschaltet werden. Durch verschärfte Auflagen für den Bereich „Wartung und Reparatur“ ist es nach seinen Worten notwendig, „Entwicklungsrückstände“, wie sie das zehn Jahre alte Demonstrationskraftwerk Gundremmingen aufweise, „zu kompensieren“. Ohne den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen vorgreifen zu wollen, vertritt Setzwein die Ansicht, daß man „in diesem speziellen Fall angesichts des Gefährdungsrisikos den Reparaturabschnitt besser drucklos gemacht hätte“.

Schieber einwandfrei in Ordnung

Die manipulierbare Technik steht schließlich bei der Frage im Mittelpunkt, wieso tatsächlich zwischen 500 und 800 Liter Wasser verdampfen konnten — immerhin das Zweihundertfache des Rauminhaltes des zu öffnenden Schiebergehäuses. Mehr als ein Dutzend Experten haben die Schieberplatten, welche das Gehäuse rechts und links von der unter Druck stehenden Rohrleitung abzuschotten hatten, inzwischen untersucht. Nach Angaben des zuständigen Referenten im Umweltministerium, Rudolf Mauker, stellten sie dabei fest, daß „die Schieber einwandfrei schlossen“, was auch dadurch dokumentiert wird, daß sie seit Wiederaufnahme des Reaktorbetriebes weiter unbeanstandet in Betrieb sind.

Am Unglückstag waren die Schieber wie üblich von der Zentrale aus „zugefahren“ worden. Damit ist für die Schlosser Otto Huber (34) und Josef Ziegelmüller (46) die Reparaturstelle im Reaktorgebäude freige-

geben worden. „Von irgend jemand müssen sie dann“, so Mauker, „wieder geöffnet worden sein.“

Das Ministerium vermutet nunmehr als Unglücksursache: Einer der verunglückten Arbeiter hatte offenbar die Fernsteuerung ausgeschaltet, um mittels eines Handrades die Schieber leicht zu öffnen, damit der Dampfdruck die verhärteten Dichtungen etwas lockere, was sonst zwischen einer halben und mehreren Stunden Reparaturzeit benötigte. Eine Reparatur unter solchen Bedingungen wird es nach Auskunft des Umweltministeriums nicht mehr geben.

Krieg den Spielzeugwaffen

Friedberg (AZ). Die Bayerische Staatsregierung soll in Bonn dafür sorgen, daß gefährliche Spielzeuge zum Schießen und Werfen künftig weder hergestellt noch eingeführt werden dürfen. Den Antrag hat der Friedberger CSU-Landtagsabgeordnete Georg Fendt gestellt. Zu dem Verbotskatalog sollen unter anderem gefährliche Bolzengewehre und -pistolen, spitze Wurf Pfeile und Bogenschleßgeräte mit metallenen Pfeilspitzen gehören.

Selbstmord nach Verkehrsunfall

Augsburg (utz). Ein 18 Jahre alter Augsburger Gymnasiast hat sich nach einem Bagatellunfall mit einem Fremdschaden von 200 DM von einem Zug überrollen lassen. Der junge Mann hatte seinen 15 Jahre alten Freund in dem Auto seiner Eltern nach Hause bringen wollen und war dabei auf eisglatter Straße ins Schleudern geraten. Der Wagen rampte einen Gartenzaun und ein Garagentor. Offenbar im Schockzustand rannte der 18jährige, der erst seit einigen Wochen den Führerschein besaß, zur nahegelegenen Bahnstrecke und ließ sich aufrecht von einem D-Zug überfahren. Der Selbstmord zeigt Parallelen zu der Ver-zweiflungstat eines 21jährigen Glasmacherlehrlings aus dem Landkreis Augsburg, der sich im Dezember nach einer harmlosen Schleuderaf-fahrt bei Passau in der Donau er-tränkt hatte. Die Leiche des jungen Mannes wurde erst in diesen Tagen angeschwemmt.

Scharfe Schüsse gegen Atomkraftwerk

Bremer Wissenschaftler führen Guldremminger Unfall auf „un glaublichen Leichtsin n“ zur u c k

M ü n c h e n (SZ) — Schwerste Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Betriebsunfall im Kernkraftwerk Guldremminger am 19. November 1975 hat eine Arbeitsgruppe der Universität Bremen erhoben. In einer wissenschaftlichen Stellungnahme ist von „un glaublichem Leichtsin n“ bei der Absicherung der Reparaturstelle die Rede. Kritisiert werden „skandalöse Täuschungs- und Verschleppungsmanöver“ bei der Unterrichtung der Bevölkerung. Ferner wird behauptet, im Kernkraftwerk seien veraltete Meßgeräte verwendet worden. Dem bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltschutz liegt nach Angaben eines Sprechers die Stellungnahme der Bremer Wissenschaftler bisher nicht vor. Im übrigen prüfe die zuständige Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Memmingen zur Zeit noch die Frage der angeblichen Fahrlässigkeit bei den Reparaturarbeiten. Im Rahmen der Ermittlungen fand am 11. Dezember ein Gerichtstermin an der Unfallstelle statt.

Der Bayerische Rundfunk (BR) ging in seiner Sendung „Der Funkstreifzug“ am 3. Januar ausführlich auf die Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Forschungsprojekt Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz und in der Industrieregion Untertwaser“ ein. Autor der Sendung war Norbert Albrecht. Die schwersten Vorwürfe erhebt die Forschungsgruppe, an der mehrere Professoren beteiligt sind, beim Problemkomplex „Reparatur“. Wörtlich wird festgestellt: „Die Reparaturstelle war völlig unzureichend abgesichert. Vom Standpunkt des Arbeitsschutzes muß man es als unglaublich leichtsinnig bezeichnen, daß ohne jede Absperrung zum Primär-Kreislauf hin an einem geschlossenen Ventil eine schon seit August schadhafte Dichtung ausgetauscht werden sollte.“

Weiter heißt es dazu in der Stellungnahme: „Und das in einem Raum von nur achtzehn Kubikmetern mit einer Einstreugabe an der Decke, der nach dem Ausströmen des Dampfes wie eine Mausefalle wirkte. Die Arbeitsstelle war für nur 15 Minuten freigegeben, weil die Arbeiter durch die starke Strahlung schon in dieser Zeit die für eine ganze Woche zugelassene Bestrahlung erhalten hätten. Zu fragen ist, ob diese Zeitvorgabe zusammen mit dem Bewußtsein, unter hoher Strahlenbelastung arbeiten zu müssen, die Arbeiter zu erhöhter Eile angetrieben hat.“

Nach ergänzenden Angaben eines Rundfunksprechers scheinen Umweltschutzminister Streibl und die Bremer Forscher in diesem Punkt ähnliche Auffassungen zu vertreten. „Denn wie sonst ist es zu erklären, daß Bayerns Umweltministerium als atomrechtliche Aufsichtsbehörde für Reparatur- und Wartungsarbeiten Sofortauflagen verhängte.“ Die gleichen Auflagen seien auch für das zweite in Bayern betriebene Kernkraftwerk, das Versuchsatomkraftwerk Kehl, angeordnet worden. Das zeige, „daß dort selbst gleichfalls nicht alles zum besten bestellt ist oder war“.

In der Stellungnahme wird behauptet, der Unfall in Guldremminger sei „beinahe ein Gau“ gewesen. Ein „Gau“, das heißt, der größte bei der Sicherheitsberechnung des Reaktorgebäudes angenommene Unfall. Schier banale Reparaturen hätten es möglich gemacht. „Damit erhält das menschliche Vermögen zur Improvisation Eingang in die angeblich absolut abgesicherte Reaktorsicherheit —, der ‚Gau mit dem Schraubenschlüssel‘ wird möglich.“

Staatsminister Streibl hatte vor dem Landtag die Ansicht vertreten, weder für Belegschaft noch für Bevölkerung habe zu irgendeinem Zeitpunkt eine Gefährdung durch erhöhte Radioaktivität bestanden. Professor Jörn Bleck, Mitglied der Forschungsgruppe, erklärte auf Fragen von Albrecht, er könne beweisen, daß in Guldrem-

minger im Kraftwerk veraltete Meßgeräte verwendet worden seien. „Der beste Beweis ist natürlich der, daß ohnehin wegen einer neu erlassenen Bundesvorschrift neue Überwachungsgeräte eingebaut werden müssen, die eine Erhöhung der Meßempfindlichkeit nach sich ziehen werden. Die bisher verwendeten Meßgeräte, die übrigens den behördlichen Vorschriften entsprechen haben, die waren ja noch nicht einmal in der Lage, die ohne Zweifel erhöhte Abgabe von Radioaktivität an die Umwelt anzuzeigen.“

Auf die weitere Frage: „Heißt das, daß bei Meßgeräten von den Behörden zuviel Spielraum gelassen wird?“, sagte Bleck: „Ja. Und zwar richten die Behörden ihr Augenmerk fast ausschließlich auf die Einhaltung der maximal zugelassenen Abgabemengen von Radioaktivität an die Umwelt, während die im Routinebetrieb des Kraftwerks anfallende Menge, die auch Schwankungen unterworfen ist, mit diesen Meßgeräten dann nur unzulänglich kontrolliert werden kann.“

Nach Ansicht von Bleck hätte der Schaden menschlich und materiell noch wesentlich größer sein können, wären die Arbeiter nicht in der Lage gewesen, die beiden angrenzenden Ventile zu schließen. „Ich sehe es weiter als Zufall an, daß dieser Unfall gerade bei einer Reparatur bei abgeschalteten Reaktor stattgefunden hat.“ Inzwischen sei bekannt, daß das selbe Ventil „bereits monatelang geleck hat und notdürftig repariert wurde bei laufendem Reaktor“. Es sei nicht von der Hand zu weisen, daß ähnliche Unfälle, ähnliche Leckmengen oder auch größere auch bei laufendem Reaktor hätten auftreten können. Das hätte den Unfall um ein vieles gefährlicher gemacht.

Scharf kritisiert die Forschungsgruppe die Unterrichtung von Bevölkerung und Presse. Diese Unterrichtung sei „durch skandalöse Täuschungs- und Verschleppungsmanöver“ gekennzeichnet. Erst nach einigen Tagen sei bekannt geworden, daß außer den zwei Toten auch ein dritter Werksangestellter Verbrennungen erlitten habe. Noch am 26. November habe die Kraftwerksleitung Professor Bleck die Auskunft über die Menge des ausgetretenen radioaktiven Wassers verweigert.

Martin Rehm

2.B.
2x3x3=18cbm

Kein „Gau“ im abgeschalteten Reaktor

Gundremminger Kraftwerksdirektor: Bei dem Unglück im November bestand keine Höchstgefahr

München (dpa) — Mit Nachdruck hat die Leitung des bayerischen Atomkraftwerks Gundremmingen Vorwürfe von Wissenschaftlern zurückgewiesen, der schwere Unfall am 19. November 1975 sei durch „unglaublichen Leichtsinns“ bei Reparaturarbeiten ausgelöst worden. Die von Kernphysikern der Universität Bremen aufgestellte Behauptung, das Unglück in Gundremmingen sei „beinahe ein Gau“ gewesen, bezeichnete Werksleiter Weckesser als falsch. Ein „Gau“ ist der größte bei der Sicherheitsberechnung des Reaktorbaudes angenommene Unfall.

Wie der Direktor des Kernkraftwerks Gundremmingen, August Weckesser betonte, ist der zunächst als schadhaft vermutete Schieber, der die Reparaturstelle abzudichten hatte, nach wie vor unbeanstandet in Betrieb. Bei einem Gerichtstermin am 12. Dezember 1975 war das Dampfleitungssystem in Anwesenheit zahlreicher Gutachter überprüft und der Schieber in sämtliche Einzelteile zerlegt worden. Anschließend konnten die Fachleute dabei keinen Defekt feststellen, was laut Weckesser daraus hervor- geht, daß „keine Auswechslung oder Reparatur notwendig wurde“. Nähere Angaben lehnte er jedoch mit dem Hinweis auf die Gutachter ab, die das bayerische Umweltministerium und die Staatsanwaltschaft zur Klärung der Schuldfrage zugezogen haben.

Der Verdacht auf einen technischen Defekt war aufgetaucht, nachdem Messungen ergeben hatten, daß eine 200mal größere radioaktiv ver-

seuchte Wassermenge austrat, als im zu reparie- renden Ventilgehäuse Platz gehabt hätte.

Als sachlich „einfach falsch“ wies Direktor Weckesser den Vorwurf der Bremer Wissen- schaftler zurück, der Unfall in Gundremmingen sei „beinahe ein Gau“ gewesen, also der größte bei der Sicherheitsberechnung des Reaktorge- bäudes angenommene Unfall. Dieser könne — so Weckesser — nur bei laufendem Reaktor und ei- nem Auseinanderbrechen lebenswichtiger Was- serleitungen eintreten. Der 237-Megawatt-Reak- tor war an dem Unglückstag wegen notwendiger Reparaturen gegen sieben Uhr abgeschaltet worden.

Nicht widersprechen wollte die Kraftwerks-

leitung der Kritik der Bremer Kernphysiker, daß die in dem zehn Jahre alten Kraftwerk ver- wendeten Meßgeräte nicht immer dem neuesten Stand der Technik entsprächen. Die als „veral- tet“ bezeichneten Geräte sollen demnächst aus- gewechselt werden. Sie sind, wie aus den Aussa- gen des Bremer Professorenteams hervorgeht, auf die Einhaltung der maximal zugelassenen Radioaktivität ausgerichtet. Abgabemengen, die im Routinebetrieb des Kraftwerks anfallen und laut Professor Bleck „natürlichen Schwankun- gen unterliegen, erscheinen trotz zitternder Na- del auf den Meßstreifen als dicker konstanter Strich“.

Dennoch konnte, wie die Kraftwerksleitung versichert, durch den Reaktorkamin dank eines zusätzlichen Sicherheitssystems keinerlei Radio- aktivität mit dem Wasserdampf das Atomkraft- werk verlassen. Das „Gebäudeabschluß“ ge- nannte System reagiere schon auf minimalen Druckanstieg im Reaktor und verschließe alle Abluftwege.

2. JAN. 1976

Freitag, 2. Januar 1976 / Seite 4

BAYERN

Bayerisches Umweltministerium verteidigt Vorgehen der Behörden:

2. JAN. 1976

Gundremminger Unglück kein Fall für den Katastrophenschutz . . .

Vorwurf der Geheimhaltung von Einzelheiten zurückgewiesen — Künftig strenge Auflagen im Werk

München (AZ). Unglaublicher Leichtsinns, unzureichende Sicherheit, Täuschungs- und Verschleppungsmanöver bei der Informierung der Öffentlichkeit — so lautet das Urteil einer Gruppe von Bremer Wissenschaftlern, die sich eingehend mit dem Atomunglück vom 19. November im Gundremminger Kernkraftwerk befaßt haben. Beschuldigungen, die viele von anderer Seite bereits erhobene Vorwürfe bestätigen. Dr. August Weck-

esser, der Direktor des Gundremminger Kernkraftwerkes, will sich zu den Feststellungen der Bremer Forschungsgruppe nicht äußern. Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen erklärt auf Anfrage unserer Zeitung, es sei Sache der Staatsanwaltschaft zu klären, ob im Fall Gundremminger fahrlässiges Verhalten vorliege. Das Ermittlungsergebnis müsse erst noch abgewartet werden.

Das Ministerium erklärt in seiner Stellungnahme weiter: „Die bisher durchgeführten Untersuchungen haben zweifelsfrei ergeben, daß die für die Sicherheit der Umgebung vorgesehenen Einrichtungen einwandfrei funktioniert haben. Die im Umkreis vorsorglich durchgeführten Strahlenschutzmessungen haben bestätigt, daß die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung zu keinem Zeitpunkt gefährdet oder auch nur beeinträchtigt war.“ Das Ministerium be-

tont, daß es für eine umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit gesorgt habe. Im übrigen sei festzustellen, daß in Gundremminger kein Fall vorgelegen habe, der nach den Regeln des Katastrophenschutzes zu behandeln gewesen wäre und eine sofortige Alarmierung der Bevölkerung erforderlich gemacht habe.

Landrat als Einsatzleiter

Auf die Informationsquelle bei möglichen künftigen Atomunfällen angesprochen, meint das Staatsministerium: „An den Zuständigkeiten zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hat sich nichts geändert. Für Vorgänge, die nur das Werk betreffen, ist die Kraftwerkleitung zuständig. Das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen unterrichtet die Öffentlichkeit über Fragen, die in den Bereich der atomrechtlichen Aufsicht fallen, das Staatsministerium des Innern ist für die Unterrichtung über polizeiliche Maßnahmen zuständig. Im Katastrophenfall liegt die Einsatzleitung beim Landrat.“ Eine Geheimhaltung der Vorgänge im Kernkraftwerk Gundremminger verneint das Ministerium entschieden.

Als Sofortmaßnahme zur Verhütung eines ähnlichen Unglücks wurden vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als atomrechtlicher Aufsichtsbehörde mit der Freigabe

für den Weiterbetrieb strenge Auflagen verbunden, die auch für das zweite in Bayern in Betrieb befindliche Kernkraftwerk, das Versuchsatomkraftwerk Kahl, angeordnet wurden. Das Ministerium nennt folgende Punkte:

1. Wartungs- und Reparaturarbeiten an unter Druck stehenden Systemen und Anlagenteilen, die zu einem Öffnen dieser Systeme und Anlagenteile führen oder führen können, sind untersagt.
2. An den genannten Systemen und Anlagenteilen dürfen Wartungs- und Reparaturarbeiten nur dann durchgeführt werden, wenn vorher zwei von der Werksleitung bestimmte fachkundige Verantwortliche die Drucklosigkeit festgestellt und die Arbeiten freigegeben haben.
3. Die Freigabe dieser Wartungs- und Reparaturarbeiten muß schriftlich erfolgen.
4. Die Art der Durchführung der Wartungs- und Reparaturarbeiten ist jeweils von einem von der Werksleitung zu bestimmenden fachlich verantwortlichen Expertenkreis vorher festzulegen und dem Wartungs- und Reparaturpersonal in schriftlicher Form gegen Unterschrift auszuhändigen.

Wenn's der Kuh zu dumm wird . . .

Erding (Ib). Auf der Flucht vor dem Metzger verwandelte eine wildgewordene Kuh die Redaktionsräume einer oberbayerischen Heimatausgabe des „Münchner Merkurs“ in Erding in ein Trümmerfeld. Als die Kuh in der Nähe der Redaktion auf der Stadtwaage stand, brannte sie durch und stürmte die im Erdgeschoß liegenden Redaktionsräume. Ehe sie von Polizeibeamten erschossen werden konnte, zerstörte sie Schreibtische und Schränke, zerbrach Stühle und zerfetzte Manuskripte und Archivakten.